

Allensbach-Studie: Deutschlands Mitte denkt konservativ – und wählt trotzdem links...



Wie man aus der [neuesten Allensbach-Studie](#) unschwer herauslesen kann, entspringt der Mitte der Gesellschaft, sprich der 30- bis 59-Jährigen, ein sehr konservativer Geist. Fast schon an das Rollenbild der 50er-Jahre fühlt man sich erinnert, wenn man sich die Umfrageergebnisse anschaut.

(Von cantaloop)

Finanzielle Sicherheit, sicherer Arbeitsplatz, glückliche Partnerschaft, Kinder haben, eine finanzielle Absicherung im Alter – dies alles sind Faktoren, die den 30- bis 59-Jährigen sehr wichtig sind, mit Zustimmungen von bis zu 90%.

Ja, aber – so fragt man sich angesichts dieser Disparität zur „veröffentlichten Meinung“ – wo bleibt denn da der Wunsch nach Multikulti, Islam-Anbiederung, Gender, grenzenloses Europa, Patchwork-Familien, Aufnahme von Flüchtlingen bis weit über die Schmerzgrenze hinaus und weiterer grünlinker Ideale?

Selten ist die Diskrepanz der öffentlichen zur veröffentlichten Meinung so groß wie in diesem Fall. In Wahrheit sehnen sich die meisten Deutschen, zumindest jene 35 Millionen, die den Großteil der Steuereinnahmen in Deutschland generieren, nach durchaus konservativ-rechten Werten.

Nur bei den Wahlen macht sich das nicht entsprechend bemerkbar – zumindest nicht im Moment.

Die Gehirnwäsche der letzten Jahrzehnte, beginnend im Kindergarten/Gymnasium – indoktriniert von überwiegend linksgrün-gefärbten Lehrkräften, zeigt Wirkung. Die deutsche Mittelschicht scheint ihren eigenen Idealen und Wünschen bei der Wahl untreu zu werden.

Wie sonst lässt es sich erklären, dass ausgerechnet im ehemals „superkonservativen“ Schwabenland ein regelrechter Linksgrünhype eingetreten ist. Man ist im Grunde „spießig“ – will dies aber offensichtlich nicht zeigen und wählt sich deshalb grüne Ex-Kommunisten und Lehrer als Landesvertreter, die ziemlich genau das Gegenteil des angestrebten eigenen Wertekanons vertreten.

Man kann hier nur ein Resümee ziehen: Liebe Mitbürger – zeigt an der Wahlurne, welche Werte ihr zukünftig vertreten haben wollt, traut euch – es gibt mittlerweile die „Alternativen“.



Endsieg über Nazis in Berlin-Hellersdorf?



Nachdem tatsächliche Nazis der NPD und vermeintliche „Nazis“ von Pro Deutschland gemeinsam mit besorgten Anwohnern gegen die Asylantenunterkunft im Berliner Bezirk Hellersdorf demonstriert haben, blasen über 40 Vereine, Initiativen, Parteien, Ämter, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften zum Kampf gegen den Rassismus in der Mitte der Gesellschaft™. Dies lässt der ominöse Verein „Roter Baum Berlin“ verlauten, der bei näherer Betrachtung Erstaunliches in seinem Selbstverständnis finden lässt.

(Von Rechtskonservativer Denker)

Der Verein [beschreibt sich selbst](#) wie folgt:

Wir sind vielseitig schöpferisch tätig, um junge Menschen zu bilden und ihnen Kompetenzen und unsere Werte zu vermitteln:

Wir sind uns bewusst, dass jeder Mensch wertvoll ist und die Chance haben muss, sich unabhängig von seiner ethnischen, sozialen und kulturellen Herkunft selbst zu verwirklichen. Deshalb begegnen wir jedem Menschen mit Respekt und Neugier.

Wir wollen die Welt erkennen, um das dadurch gewonnene Wissen zum Wohle von Mensch und Natur einzusetzen.

Wir prüfen unsere Handlungen und bestimmen unsere Ziele für die Zukunft im Wissen um die Erfolge und Fehler unserer Vorfahren.

Wir wissen, dass diese Gesellschaft vielen Menschen ihre natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen entzieht und kämpfen aus diesem Grund aktiv gegen bestehende Ungerechtigkeiten.

Wir sind überzeugt, dass wir durch unser Handeln die Welt verbessern können.

Wir wollen jungen Menschen eine kulturelle, soziale und politische Heimat sein“.

Was mit „Heimat“, „Werte“, „gewonnenes Wissen“ oder „Wissen um die Erfolge und Fehler unserer Vorfahren“ nach konservativer Vernunft klingt, wird mit als naturfreundlich getarnten Rote-Socken-Parolen wieder eingerissen.

Man will Menschen aller Art ermöglichen „sich unabhängig von ihrer ethnischen, sozialen und kulturellen Herkunft selbst zu verwirklichen“ und darauf hinweisen, dass „die Gesellschaft“ bestimmten Menschen die „sozialen Lebensgrundlagen entzieht“.

Das heißt, dass es geboten sein sollte, nicht nur jede Ethnie, sondern auch jede Meinung zu tolerieren. Dazu gehört auch die Ansicht (oder besser gesagt Erfahrung) der Berliner Bürger, dass mit dem Asylantenheim höchstwahrscheinlich Kriminalität und Chaos im näheren Umkreis einkehren werden. Schwer bereicherte Bezirke wie Berlin-Wedding oder Berlin-Neukölln

können Trauerlieder über soziale Ellbogengesellschaften in der Nähe solcher Einrichtungen singen. Zuletzt machte mal wieder das Duisburger „Problemhaus“ im Stadtteil Rheinhausen mehrfach von sich reden.

Antifanten drängen als [Tarndemokraten der SED](#) in den Bundestag, die Roten Socken [lügen buchstäblich wie gedruckt](#), gewalttätige Umtriebe der Roten SA halten Duisburg in Atem (die [immerhin seitens eines SPD-Mannes](#) kritisiert wurden) und zu guter Letzt steuert NRW-Innenminister Ralf Jäger mal wieder Richtung Kampf gegen Rechts™, statt die durch die Antifa Attackierten zu unterstützen oder sich sonst irgendwie um die Roma-Krise in Bergheim verdient zu machen. Nazi-Jäger kümmert sich lieber um Demonstrationen gegen die PRO-Bewegung, damit ja niemand die Probleme an die Wand heftet, für die er als Minister für Unfähigkeit und Untätigkeit selbst mitverantwortlich ist.

Die Krux an der Sache ist, dass man die „normalen Bürger“ ausblendet und fast nur die „Nazis“ (ob tatsächliche oder vermeintliche) in den Fokus rückt. Politisch korrekt könnte man fast meinen, die Nationalen Sozialisten ziehen dieser Tage per Fackelmarsch gen Berliner Osten, um friedlichen und unbehelligten Menschen in ihrer neuen Unterkunft Angst einzuflößen.

Es ist einfach widerlich, wie dreist gelogen, geleugnet und verschwiegen wird, wenn es um Probleme geht, die die Verantwortlichen selbst in die „rechte Ecke“ stellen würde, wenn sie sie endlich mal anpacken würden, bevor sie unlösbar groß werden.

Stattdessen stellt man die anderen Leute, die berechtigt auf die Barrikaden gehen und somit das tun, was eigentlich Aufgabe der Innenpolitik ist, als die „Nazis“ hin, als die man selbst nicht gelten möchte. Statt sich für eigene Feigheit zu verantworten, bürdet man selbst den politisch unorganisierten Anwohnern den Nazi-Stempel auf und lässt sie damit in den

Medien dastehen wie das letzte antisemitische Hinterwäldlervolk. Statt Faschismus keine Bühne zu geben, hält man ihn mit ungerechtfertigten Stigmatisierungen auf Kosten anderer Leute am Leben. Nach mir die Sintflut.

Der philosophisch begabte Theoretiker Jean Baudrillard stellte einmal treffend fest, dass die öffentliche Wahrnehmung eines Ereignisses schlagkräftiger werden kann, als das Ereignis selbst tatsächlich ist.

Dementsprechend undifferenziert gibt es am Wochenende dann das Jugendfestival „diveRcity“ und am Samstag das Demokratiefest „Schöner leben ohne Nazis“ mit potentiellen 1500 Teilnehmern, die im Kampf gegen den Faschismus unter den Hellersdorfer erwartet werden und ein Zeichen gegen „Ausgrenzung, Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“ setzen wollen.

Wann will denn mal jemand ein öffentliches Zeichen gegen Migrantengewalt setzen? Jonny K. und Daniel S. schauen von ihrer Wolke aus zu...



Samstag Demo der Muslim-Brüder in Stuttgart



Am Samstag um 14 Uhr findet in der Stuttgarter Innenstadt eine Demonstration gegen das ägyptische Militär statt. Unterstützt wird diese Demo von der antisemitischen Gruppierung Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) und einer Bewegung namens „R4bia“, die vom baden-württembergischen Verfassungsschutz [der Muslim-Bruderschaft zugeordnet wird](#). Obwohl es sich bei der Muslim-Bruderschaft um eine in Deutschland verbotene Organisation handelt, wurde die Demo [von Ordnungsamt der grün regierten Stadt Stuttgart genehmigt](#). Kritik an dieser Kundgebung gab es bislang nur von der Deutsch-israelischen Gesellschaft Stuttgart und Mittlerer Neckar. (ph)



Wilders will Bündnis Euro-kritischer Parteien



Der Führer der holländischen rechten „Partei für die Freiheit“ (PVV), Geert Wilders (Foto), plant [ein Bündnis Euro-kritischer Parteien](#), das im Mai 2014 zu den EU-Wahlen antreten soll. Er will all jene zusammenbringen, die „gegen die Europäische Union und gegen Massenimmigration“ sind. Dem entgegen steht

Wilders' Ruf als Islamkritiker, der eine „radikale Ausländerpolitik“ betreibt. Wilders' Meinungen sind in den Niederlanden jedoch weit verbreitet. Laut einer repräsentativen Umfrage von 2008 sagten 57 Prozent der Niederländer, es sei der größte Fehler ihrer Geschichte gewesen, so viele Muslime ins Land zu lassen. 56 Prozent sahen den Islam als Bedrohung ihrer Identität.

Nigel Farage, der prominenteste europäische EU-Gegner, hat dem geplanten Bündnis bereits eine Absage erteilt mit der Begründung, dass die britische UKIP liberal und nicht rechts sei. Farage ist zwar auch gegen die massive Einwanderung von Rumänen und Bulgaren nach Großbritannien, hat es aber bisher verstanden, nicht die geringste Hetze in seine Politik einfließen zu lassen. Auch die italienische Lega Nord erteilte eine Absage. Auf seiner Europa-Reise traf Wilders auch die Führer des belgischen Vlaams Belang, des französischen Front National (FN), der schwedischen Demokraten und der italienische Lega Nord. Auch mit der Alternative für Deutschland (AfD) soll sich Wilders getroffen haben.

Zunächst hatte Wilders PVV eine Zusammenarbeit mit dem Front National und dem Vlaams Belang noch ausgeschlossen. Nun sollen sie aber nach dem Willen des PVV-Chefs doch dabei sein. Nicht beteiligt werden laut Wilders an dem Bündnis die „extremistische und rassistische“ Partei Jobbik (Ungarn) und die Britische Nationalpartei (BNP).

Bisher stehen die meisten Parteien in Europa einem europaweiten Euro-kritischen Bündnis kritisch gegenüber. So sagte der Sprecher der schwedischen Demokraten, Martin Kinnunen, seine Partei habe sich dem von Wilders geplanten Bündnis noch nicht angeschlossen.

Im EU-Parlament sind viele Euro-kritische Parteien vertreten, die allerdings bezüglich ihrer Ziele zum Teil stark voneinander abweichen, wie zum Beispiel die EFD-Fraktion (Europa der Freiheit und der Demokratie), die 2009 gegründet

wurde. Sie ist ein Bündnis der britischen UKIP und der italienischen Lega Nord sowie einiger kleinerer Parteien. Die EU-Abgeordneten von Wilders' PVV haben sich bisher keiner Fraktion angeschlossen. (VB)

Berufung gegen Solinger Salafisten-Urteil

Am Dienstag wurde der Anführer der Solinger Salafisten-Krawalle vom 1. Mai 2012, der 28jährige Hasan K. alias "Abu Ibrahim", lediglich zu einer neunmonatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt ([PI berichtete](#)). Von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gab es [scharfe Kritik an diesem Urteil](#). Wie [von PI-News bereits vermutet](#), ist die Staatsanwaltschaft Wuppertal gestern gegen dieses Skandal-Urteil [in Berufung gegangen](#). Der Staatsanwalt hatte 18 Monate Haft ohne Bewährung gefordert. (ph)



Duisburg: Linkes Forschungsinstitut wirft Bürgern Rassismus vor



Das [Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung \(DISS\)](#)

ist im Zuge der Vorfälle am Roma-Haus in Duisburg-Bergheim von der [WAZ](#) um „wissenschaftliche Aufklärung“ gebeten worden. [Siegfried Jäger \(Foto\)](#), erster Stellvertreter der Vorsitzenden ist dieser Bitte gerne nachgekommen und zeigt uns wie „Wissenschaft“ links herum funktioniert.

(Von Marsianer)

WAZ: Woher kommt Rassismus?

Siegfried Jäger: Rassismus , und darunter verstehe ich die Ausgrenzung von Menschen wegen biologisch und/oder kulturell bedingter Unterschiede zu „unserer“ Normalität, ist einerseits ein historisches Erbe, das andererseits durch Politik, Medien, alltäglicher Kommunikation und Erziehung immer wieder reproduziert wird. Dass Rassismus immer noch Bestandteil des Denkens vieler Menschen ist, liegt daran, dass Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus Teil der Staatsräson des Dritten Reiches waren, die bis heute nachwirkt und heutzutage weiter vertreten werden. Solches Denken bricht nicht einfach ab, sondern lebt auch nach dem Ende des Nazireichs weiter.

Aha, wer kulturelle Unterschiede zwischen Menschen ausmacht ist also schon Rassist! So schnell kann das gehen. Macht ein Moslem also einen Unterschied zwischen Gläubigen und Ungläubigen, ist er ein Rassist. Es wäre schön, wenn Sie das mal öffentlich sagen würden, Herr Jäger!

Aber nein, so ist das wohl nicht gemeint. Jäger sagt, wer aufgrund von biologisch oder kulturellen Unterschieden zu „unserer“ Normalität ausgrenzt, ist ein Rassist. Wer als Anwohner in Bergheim, z. B. auf Nachtruhe pocht, die die Kultur der Zigeuner wohl nicht kennt, ist ein Rassist. Wer so etwas für bare Münze nimmt, wie die jungen, linken Schläger neulich, sagt natürlich unserer „Normalität“, die wohl per se rassistisch ist, den Kampf an. Also, Nachtruhe ade, Recht auf Eigentum – unsere Normalität – auch ade! Ein weiterer

interessanter Punkt, ist Jägers Behauptung von dem angeblich fortwirkenden Antisemitismus und Antiziganismus, die Staatsrason des Dritten Reiches gewesen wären. Hier ist eine deutliche Parallele zur DDR-Ideologie von der BRD als NS-Nachfolgestaat zu erkennen.

Weitere aufschlussreiche Äußerungen Jägers aus dem Interview:

WAZ: Welche Konsequenzen müssen wir aus der jetzigen Situation ziehen?

Jäger: Es wäre bereits einiges erreicht, wenn kein Mensch wegen seiner „Rasse“ benachteiligt würde, wie dies das Grundgesetz vorschreibt. Dabei ist aus wissenschaftlicher Sicht hinzuzufügen, dass es keine Menschenrassen gibt, das Konzept „Rasse“ deshalb aus dem Grundgesetz gestrichen werden muss.

WAZ: Welche konkreten Forderungen gilt es zu stellen, damit die Situation in Bergheim nicht eskaliert?

Jäger: Die Einwanderer aus Südosteuropa besitzen das verbriefte Recht auf Freizügigkeit. Dieses Recht muss konsequent umgesetzt werden. Dies bedeutet, dass diese Einwanderer damit ausgestattet werden, in Duisburg leben und wohnen zu können. Wenn dies bundespolitisch, landespolitisch und kommunalpolitisch nicht erfolgt, wie dies zurzeit der Fall ist, ist die Bevölkerung aufgerufen, mit Unterstützung der Stadtverwaltung einen Sozialfond bereit zu stellen, durch den den genannten Missständen abgeholfen werden kann. Das dürfte angesichts der fast 500.000 Einwohnern unserer Stadt nicht schwerfallen. Absolute Priorität besitzt die Unversehrtheit und der Schutz der Einwanderer. Sinnvoll ist aber auch, eine eindeutig antirassistische Position der Medien, deren Aufgabe es ja ist, an der demokratischen Willensbildung der Bevölkerung teilzunehmen.

Absolute Priorität besitzen die Einwanderer. Gut zu wissen!

Die [SPD arbeitet seit längerem mit dem DISS zusammen](#), thematisiert aber nicht deren Kontakte ins linksextreme Milieu. In Duisburg bestehen etliche Verbindungen in die linke bis linkslinke Parteienszene. So hat z.B. [Jens Zimmernann](#), als Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der politischen Stiftung der Linkspartei, gute Kontakte zur Partei. Mit den Gewerkschaften ist das DISS ebenfalls gut vernetzt, der DISS-Mitarbeiter [Lenard Suermann](#) macht „Bildungsarbeit gegen Rechts“ beim Bildungswerk des DGB.

Hetze von Biedermann und Brandstifter im Professoren-Gewand. Wie das DISS, in seiner Funktion als Brandstifter, auf einfache Gemüter wirkt beweisen [diverse Reaktionen](#). Explizit stehen hier Polizei, Stadt Duisburg und Presse im Fokus der Linksextremisten [Anm. PI: Fehler aus dem Original wurden übernommen]:

Doch Polizei und Presse sind einmal mehr auf dem rechten Auge blind und richten ihre Attacken und verbalen Angriffe gegen eine phantasierte linke Szene in Gestalt von "Antideutschen" oder "Rote Antifa". Wer die Artikel der WAZ im Anschluss an die Ereignisse liest, der könnte meinen, er sei in einem falschen Film gewesen. Doch diese Art der Berichterstattung hat seit langer Zeit beim WAZ-Medienkonzern eine traurige Tradition. Seit Herbst 2011 wird die rassistische Stimmungsmache gegen die rumänischen und bulgarischen Zuwander_innen immer wieder mit Überschriften wie "Hochfeld kämpft gegen den Verfall" oder mit Kommentaren ihres stellvertretenden Chefredakteurs wie "So beschwerten sich bereits türkischstämmige Bewohner des sozialen Brennpunkts Duisburg-Hochfeld über Sinti und Roma, die zur Verwahrlosung ihres Stadtteils beitragen würden." Diese rassistische Stoßrichtung wird seit mehreren Monaten von der Duisburger Politik unterstützt, wenn beispielsweise der CDU-Fraktionsvorsitzende Enzweiler erklärt, dass er in den Forderungen seines Parteifreundes Friedrich (Bundesinnenminister) einen guten Ansatzpunkt sieht und

begrüßt "...jetzt zügig gegenzusteuern und die genannten Maßnahmen wie Ausweisung und Einreisesperren durchzusetzen." Auch Duisburgs OB, Sören Link (SPD), beteiligt sich wie selbstverständlich an dieser diskriminierenden rassistischen Hetze, wenn er u.a. feststellt, dass "...durch ihre völlig andere Art zu leben, das soziale Leben auf den Kopf gestellt (sei)...Hinzu kommt, dass die Kleinkriminalität stark gestiegen ist, durch Einbrüche, aggressives Betteln, Prostitution." Bei solchen Statements sind die Übergänge zu aggressiveren Parolen von "Pro NRW" oder anderen rechten Gruppierungen fließend.

Auch die linksextreme [indymedia](#) nimmt derartige „Hilfe“ gerne an.

So kennt Duisburgs „Zivilgesellschaft“, einen Tag vor der wahrscheinlich ca. 5-10 Mann starken Demo von Pro-Deutschland in Bergheim nun den gemeinsamen Schlachtruf: Alertá, Alertá Antifascista!

PRO-D-Wahlkampf: „Tütensuppen für Deutschland“

✘ Mit einer [Kampagne auf Facebook](#) hat die Bürgerbewegung pro Deutschland, die sich aktuell im Bundestagswahlkampf befindet, auf einen Anstoß der Gruppe „Hannover gegen Nazis“ reagiert. Folgendes wurde von der „Antifa“-Gruppe veröffentlicht:

Pro Deutschland: ‚Bitte gehen Sie nach Hause und kaufen sich eine Tütensuppe‘

Begleitet von massiven Protesten startete am 21. August 2013 in Berlin der Bundestagswahlkampf der rechtspopulistischen 'Bürgerbewegung Pro Deutschland' mit einer Kundgebungsreihe in mehreren Berliner Bezirken. Bei der Kundgebung in der Friedrichshainer Liebigstraße wurden immer wieder Böller auf die Mitglieder von ,Pro Deutschland' vom Dach geworfen. Die Polizei bat mehrmals über Lautsprecher darum, dies zu unterlassen und daraufhin folgte der legendäre Satz vom Pro-Deutschland-Generalsekretär Lars Seidensticker:


,BITTE unterlassen Sie das Werfen von Böllern??? Bitte gehen Sie nach Hause und kaufen sich eine Tütensuppe... Ist das noch die deutsche Polizei?'

Hier das Video im Original:

Die erste „Tütensuppe des Tages“ ist von pro Deutschland am 28. August in Gelsenkirchen an den „Antifa“-Journalisten Florian Breidenbach (Foto) für seinen unermüdlichen Einsatz verliehen worden.



Missbrauch eines Widerstandskämpfers

 In Mönchengladbach gibt es das aus der Theo-Hespers-Stiftung hervorgegangene Bündnis „Aufstehen! Für Menschenwürde! Gegen Rechtsextremismus!“. Und im Stadtteil Rheydt gibt es jede Menge Rechtsextremismus: Graue Wölfe, untergetauchte Salafisten und nicht zuletzt die antisemitische Gruppierung Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG). Am Freitag will

die Partei Pro Deutschland vor einer Rheydter Milli Görüs-Moschee eine Protest-Kundgebung veranstalten. Ein Bündnis, das sich wirklich und ehrlich gegen Rechtsextremismus engagiert, sollte eine solche Kundgebung eigentlich gutheißen, wenn nicht gar sich ihr anschließen.

(Von Peter H., Mönchengladbach)



Theodor Franz Maria Hespers (Foto l.) war nicht irgendwer: Der 1903 in Mönchengladbach geborene Katholik war einer jener mutigen Menschen, die während der Nazi-Diktatur Widerstand geleistet haben. Theo Hespers bezahlte das mit seinem Leben; er wurde vom sogenannten Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 9. September 1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Hespers Name ist somit mehr als ein Andenken, das man ehrenvoll pflegen sollte. Sein Name ist ein Auftrag, eine moralische Verpflichtung, sich in unserer Stadt couragiert für Demokratie, Menschenwürde und gegen Extremismus zu engagieren.

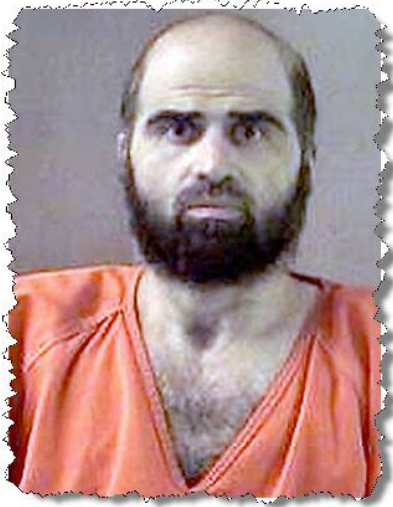
Ferdinand Hoeren, der Chef des bereits erwähnten Bündnisses, sieht das jedoch völlig anders. Als im August 2010 Salafisten um Pierre Vogel und Sven Lau begannen, die Anwohner des Mönchengladbacher Stadtteils Eicken mit ihren menschenverachtenden Vorstellungen eines Scharia-Staates in Angst und Schrecken zu versetzen und deutsche Frauen auf der Straße als „Huren“ beleidigt wurden, gab es kein „Aufstehen! Für Menschenwürde!“. Stattdessen haben Hoeren und sein Bündnis dem Treiben der Salafisten monatelang gleichgültig zugesehen, mehr als wenig glaubwürdige Lippenbekenntnisse hatte man für die Menschen in Eicken nicht übrig. Aber als Pro NRW für den 9. Oktober 2010 eine Protest-Kundgebung in Eicken gegen die Salafisten ankündigte, wurde das Bündnis sofort aktiv und organisierte eine Gegen-Demo (gr. Foto oben). Womit sich dieses Bündnis natürlich auch den Zorn und die Buh-Rufe allerer in Eicken zugezogen hat, die bis dato mit Pro NRW nichts im Sinn hatten.

Und auch morgen wird es nicht anders sein, natürlich werden Hoeren & Co morgen nicht gegen Milli Görüs mitdemonstrieren, wie es sich für ein Bündnis gegen Rechtsextremismus eigentlich gehört hätte. Wie jeder in unserer Stadt bereits erwartet hat, haben Hoeren und sein Bündnis stattdessen dazu aufgerufen, [gegen eine demokratische Partei zu demonstrieren](#), nur weil diese gegen eine vom Verfassungsschutz überwachte islamistische Gruppierung demonstriert. Und wie immer bei den Aktivitäten dieses Bündnisses werden auch Mitglieder der Partei „Die Linke“ mit von der Partie sein. Ob auch die linken Schläger von der Antifa dabei sein werden, werden wir erst morgen wissen. Aber die Frage danach, wie dieses Bündnis wohl zu unserer Verfassung und zu unserem Rechtsstaat steht, dürfte sich damit schon mal erledigt haben.

Die simple Wahrheit ist, dass Hoerens Bündnis noch nie Probleme mit Judenhassern und anderen Extremisten hatten. Es fällt einfach auf, dass die Aktivitäten dieses Bündnisses jedes Mal mit der Mönchengladbacher Ortsgruppe der als antisemitisch bekannten SED-Nachfolgeorganisation „Die Linke“ abgestimmt sind. Und stets wird bevorzugt gegen jene demonstriert, die ihrerseits nichts anderes tun, als gegen judenhassende islamische Gruppierungen zu demonstrieren. Eine politische Positionierung, an der der in Rheydt geborene ehemalige Propagandaminister Joseph Goebbels seine helle Freude gehabt hätte. Aber dass Hoeren und sein Bündnis dazu den Namen eines Widerstandskämpfers missbrauchen, ist infam und löst Brechreiz aus.

Fort Hood-Attentäter zum Tode

verurteilt



In Texas wurde gestern der „gut integrierte“ moslemische Militär-„Psychiater“ Nidal Hasan (*Foto*), der 13 seiner „Kameraden“ getötet und 32 verletzt hat, zum Tode verurteilt. Der Allah-Kämpfer gab an, er wollte die Taliban vor US-Soldaten „schützen“. Nun, das kann passieren, wenn man einen moslemischen Schläfer als Major in der eigenen Armee beschäftigt. Wenn der Koran-Chip im Kopf tickt, ist so etwas überall und jederzeit möglich. Dies sollte der Bundeswehr eine Warnung sein, Moslems zu verpflichten. Die tödlichen Attacken von „Rechtgläubigen“ der afghanischen Armee auf Bundeswehrsoldaten sprechen ebenfalls Bände. Das Risiko, dass die islamische Solidarität zur Umma solch einen Amoklauf auslöst, ist extrem hoch und unkalkulierbar, solange man noch nicht in der Lage ist, Gedanken lesen zu können.

(Von Michael Stürzenberger)

Der FOCUS berichtet:

Die 13 Geschworenen verhängten nach vierstündigen Beratungen am Mittwoch einstimmig die Höchststrafe gegen den 42-jährigen Major, der im November 2009 auf dem Stützpunkt im Bundesstaat Texas 13 Menschen erschossen und 32 weitere verletzt hatte.

Damit könnte es zum ersten Mal seit 1961 zur Hinrichtung eines aktiven US-Soldaten kommen. Hasan könnte die Vollstreckung nach Expertenmeinung aber durch juristische Manöver auch viele Jahre hinauszögern.

Gott bewahre. Vielleicht moniert er ja auch noch „kulturunsensibles Verhalten“ bei der Festnahme nach seinem

Massenmord, da er seit dem Zugriff von US-Soldaten ab der Hüfte abwärts gelähmt ist:

Die Staatsanwaltschaft warf dem Militärpsychiater vor, er habe sich als islamistischer Dschihad-Krieger verstanden und so viele US-Soldaten wie möglich erschießen wollen. Hasan wurde bei der Tat von der Polizei überwältigt und ist seitdem von der Hüfte abwärts gelähmt. Als Motiv gab er in Voranhörungen an, er habe mit seiner Tat die radikal-islamischen Taliban in Afghanistan vor US-Soldaten schützen wollen.

Wenn solche Moslems einmal eine radioaktiv garnierte „schmutzige“ Bombe hochgehen lassen, wird es richtig eng. Vielleicht erkennt jetzt der eine oder andere Gegner der NSA-Überwachung, um was es in Wirklichkeit geht: All die moslemischen Schläfer, von denen es alleine in Europa hunderttausende geben dürfte, zu entlarven und an ihren geplanten Massenmorden zu hindern.

[Der FOCUS berichtet weiter](#), dass Hasan seine Hinrichtung geradezu angestrebt habe. Nun, wahrscheinlich möchte er rasch zu seinen 72 Jungfrauen mit schwellenden Brüsten und Glutaugen kommen, die ihm sein „Prophet“ im Falle des Kampfestodes versprochen hat:

Der 42-Jährige hatte sich in dem Prozess selbst verteidigt, aber keine entlastenden Aussagen gemacht oder Zeugen aufgerufen. Prozessbeobachter meinten, er habe seine Hinrichtung geradezu angestrebt. Seine ihm zur Seite gestellten Pflichtverteidiger versuchten deshalb zwischenzeitlich vergeblich, von dem Fall abgezogen zu werden.

Wie sagte der damalige SPD-Bundesinnenminister Otto Schily über den [Kampf gegen den Islamterror](#) im Jahre 2004 doch so schön:

„Wer den Tod liebt, kann ihn haben“

Hier das PI München-Video „Es geschah am 5. November“ über das hinterhältige und brutale Attentat des Moslems Nidal Hasan. Seht Euch die sympathischen Gesichter der 13 US-Soldaten an. Sie mussten sterben, weil ein selbsternannter „Prophet“ im 7. Jahrhundert eine „Religion“ erschuf, die das Töten von Andersgläubigen fordert:

Zur Erinnerung: US-Präsident Obama schwafelte damals, das Attentat habe selbstverständlich „nichts mit dem Islam“ zu tun. In unserem Kult-Klassiker „Multi Kulti TV 1 – Der Islam wird völlig missverstanden“ (mittlerweile 83.000 Zuseher) merkten wir hierzu an, dass jetzt nur noch der Attentäter davon überzeugt werden müsse. Seine Rufe „Allahu Akbar“ während des Dauer-Tötens seien sicherlich auch aus dem Zusammenhang gerissen:

(Spürnase: Anthropos)

Klonovsky: Ist EUdSSR freier als Russland?

In Russland kann man auf unabsehbare Zeit und unbeschränkt sowohl Glühbirnen als auch Mentholzigaretten kaufen; der Staat knöpft einem nicht die Hälfte des Einkommens ab, um damit unter anderem eine sogenannte Energiewende autokratisch durchzusetzen, Windräder in vordem reizende Landschaften zu pflanzen oder anpassungsunwillige Zuwanderer zu alimentieren (in Russland ist der Begriff Ausländer positiv besetzt, weil man dort nur hineinlässt, wer seine Rechnungen bezahlen kann);

das Regime presst einem ferner weder TV-Zwangsgebühren noch eine exorbitante Mineralölsteuer ab; niemand bekommt dortzulande vom Staat Geld dafür, dass er den Geschlechtsunterschied für ein soziales Konstrukt und Homosexuellen-Partnerschaften für normale Familien erklärt;

Putin nimmt seine Landsleute auch nicht bis in die Enkelgeneration als Geiseln, indem er sie für politische Flausen in Gestalt von multilateralen Milliardenumschichtungs-Programmen zur Alimentierung fremder Volkswirtschaften finanziell haften lässt; man kann in Russland sowohl äußern, dass Stalin der größte Verbrecher als auch der größte Staatsmann aller Zeiten war, ohne dass sich Presse und Staatsanwaltschaft auf einen stürzen; wenn in Russland eine Gruppe Jugendlicher einem braven Bürger den Schädel eintritt, bekommen die Typen nicht Bewährung und einen Sozialhelfer, sondern landen, wo sie hingehören: im Straflager.

Dort sitzen bekanntlich auch die Nuttchen von „Pussy riot“, was man für eine überzogene Strafe halten darf, aber die jahrelangen Haftstrafen für den Holocaust-Leugner Horst Mahler darf man auch für überzogen halten, und doch protestiert keiner, dass jemand für ein Gesinnungsdelikt härter belangt wird als die türkischen Totschläger vom Berliner Alexanderplatz zusammengenommen. Ferner darf man sich ausmalen, was passierte, wenn drei knalldeutsche Mädels in einer Moschee, einer Synagoge oder an der zentralen Kultstätte der bundesrepublikanischen Zivilreligion, dem Berliner Holocaust-Mahnmal, einen ähnlichen Hexensabbat veranstalteten, da dergleichen bekanntlich ja nur in christlichen Gotteshäusern unter Kunst- und Meinungsfreiheit fällt. Wobei in einer Moschee unsere muslimischen Mitbürger schon selber rasch für Ordnung sorgen würden.

(Immer klasse, [die Artikel von Michael Klonovsky!](#))



Die elende Heuchelei der Margarete Bause



Ein TV-Team von Monitor soll nach einem Bericht der Abendzeitung die CSU eine Woche lang belagert haben, um von Seehofer & Co Aussagen zur neuen Landtags-Affäre zu bekommen. Diverse Landtagsabgeordnete haben sich offensichtlich persönliche Anschaffungen mit Steuergeldern finanzieren lassen. Seehofer muss bei der „Monitorisierung“ der Kragen geplatzt sein und soll laut AZ gesagt haben, diese Monitor-Journalisten müsste man „aus Bayern ausweisen“. Ausgerechnet die grüne Landtags-Fraktionschefin Margarete Bause, die vor wenigen Monaten eine unbescholtene Bürgerin in einem Münchner Kino erst öffentlich bloßstellte, verleumdete und schließlich rauswerfen ließ, meinte nun sagen zu dürfen, Seehofer trete „demokratische Grundprinzipien mit Füßen“.

(Von Michael Stürzenberger)

Als Politiker sollte man natürlich mit Journalisten immer

gelassen und souverän umgehen – selbst mit penetranten, aufdringlichen, lästigen und nervenden Linksverdrehten. Wir wissen allerdings nicht, was es möglicherweise an Unverschämtheiten und körperlichen Bedrängungen seitens des Monitor-Teams gegeben hat. In der AZ ist beispielsweise von „Herumstupsen“ die Rede. Seehofers Ausspruch, diese Journalisten am liebsten aus Bayern auszuweisen, mag in der Hitze des Gefechtes nachvollziehbar sein, lässt ihn aber natürlich angreifbar werden. Denn zu Amigo-Vorfällen sollte man der Presse Auskunft geben, sonst setzt man sich dem Verdacht aus, etwas vertuschen oder decken zu wollen.

Dass nun aber ausgerechnet die GRÜNEN, die in der Vergangenheit gerade auch im Umgang mit Islam-Aufklärern ein total gestörtes Verhältnis zur Meinungsfreiheit, zu Grundprinzipien demokratischen Verhaltens und zu einem offenen politischen Diskurs mit Andersdenkenden gezeigt haben, es sich herausnehmen, Seehofer mangelndes Demokratieverständnis vorzuwerfen, ist geradezu grotesk. [In der Münchner Abendzeitung ist zu lesen:](#)

„Mangelnde demokratische Reife“, attestieren die Landtags-Grünen Horst Seehofer und fordern von ihm eine Entschuldigung. „Dieser Ministerpräsident ist unter Bayerns Würde“, erklärt ihre Spitzenkandidatin Margarete Bause. „Er verwaltet den Freistaat wie eine Provinz, tritt demokratische Grundprinzipien mit Füßen.“

Ausgerechnet Bause. Diese Frau ist unter der Würde des bayerischen Landtages, dort die Fraktion einer Partei anzuführen. Zur Erinnerung zeigen wir noch einmal, wie die bayerische Obergrüne in einem Münchner Kino ihre Maske fallen ließ und in Zusammenarbeit mit dem linken Denunzierer „Journalisten“ Tobias Bezler ihr gestörtes Verhältnis zur Demokratie offenbarte. Es ist Freitag Abend, der 22. Februar 2013: In dem vollbesetzten Münchner Programmkinos „Studio Isabella“ warten die Zuschauer auf die von den Grünen

organisierte öffentliche Vorführung des Dokumentationsfilms "Blut muss fließen". Dann treten Bause und Bezler in Aktion. Hier der PI-Artikel über diesen Skandal, noch am gleichen Abend veröffentlicht:



Margarete Bause (l.)

und Tobias Bezler

Vor Beginn der Vorstellung lief "Journalist" Tobias Bezler fast wie ein Stasi-Schnüffler langsam an den Reihen vorbei und musterte jeden Einzelnen sorgfältig. Er hatte viel zu tun, denn das Kino fasst etwa 300 Personen, und der Saal war rappellvoll. Der Mitarbeiter des lange Jahre im Verfassungsschutzbericht aufgeführten extrem linken "antifaschistischen Informations- und Dokumentations-Archivs a.i.d.a." entdeckte eine Dame, die er wohl auch schon bei Unterschriftensammlungen zum Bürgerbegehren gegen das Europäische Islamzentrum gesehen hat. Er ging zu der Veranstalterin der Münchner Grünen, der Landtagsabgeordneten Margarete Bause, tuschelte mit ihr und zeigte auf die Dame.

Bause gab sogleich per Mikrofon durch:

„Wir dulden hier keine Rechtsextremen und Rechtspopulisten“

Die Dame fühlte sich natürlich nicht angesprochen und reagierte demzufolge auch nicht. Daraufhin ging das Stasi-ähnliche Verhör von Bause weiter:

„Wir haben doch gesagt, dass Sie gehen sollen. Sollen wir

noch deutlicher werden. Es handelt sich um eine Dame. Sie weiß schon, wer gemeint ist“

Sie wusste eben nicht, wer gemeint ist, denn sie ist weder Rechtsextremistin noch Rechtspopulistin. Die Aufforderungen von Bause wurden schärfer:

„Bitte verlassen Sie jetzt unseren Saal. Wir machen von unserem Hausrecht Gebrauch: Sie begehen Hausfriedensbruch, wenn Sie jetzt nicht sofort den Saal verlassen“

Die Dame fragte:

„Sie meinen jetzt aber nicht mich, oder?“

Bause antwortete in scharfem Ton:

„Doch, genau Sie meinen wir. Sie sind rechtspopulistisch“

~~Blockwart~~ Blockwart Bezler, in der ersten Reihe sitzend, drehte sich langsam zu ihr um und zischte:

„Oder machen Sie etwa nicht jede Woche Filme für Politically Incorrect?“

Sie entgegnete:

„Ich bin nicht rechtspopulistisch“

Dann wurde von hinten gerufen:

„Geh doch einfach raus, Du Nazibraut“

Jetzt mischte sich der Film-Regisseur Peter Ohlendorf ein:

„Das wollen wir jetzt aber auch nicht hören. Aber bitte verlassen Sie jetzt sofort den Saal. Sie begehen

Hausfriedensbruch“

Daraufhin stand die Dame auf und verließ den Kinosaal.

Soweit [der PI-Artikel vom 22. Februar](#). Bei der Folge-Veranstaltung im März wurde mir als Journalist übrigens von den Grünen [der Zutritt ins Kino verwehrt](#). Soviel zum Umgang der Grünen mit Medienvertretern. Auch deren Nachwuchs ist antidemokratisch eingestellt: Die Grüne Jugend, die sich offen zum Linksextremismus bekennt, stört bekanntlich massiv die Unterschriftensammlungen zum Bürgerbegehren in München gegen das geplante Europäische Islamzentrum. Angesichts der kommunistischen Vergangenheit vieler Grünen-Funktionäre nennen manche Beobachter die Grünen eine Melonen-Partei: Außen grün, innen rot, mit braunen Kernen. Sehr empfehlenswert sind auch die Broschüren [„Rote Wölfe im grünen Schafspelz“](#) und [„Trittin – die grüne Gefahr“](#) von Peter Helmes.

Pazifik zu kühl – Klima wird einfach nicht heiß

Seit 15 Jahren tut sich nichts mit Klimaerhitzung, die Klimaschwinder haben ein Problem. Aber jetzt haben sie den ärgerlichen Erhitzungsbremser gefunden: der Pazifik bremst die globale Erwärmung, [berichtet der SPARGEL](#): *Das Klima hat sich seit 15 Jahren nicht weiter erwärmt, die Kurve zeigt nicht mehr nach oben – obwohl die Menschheit zunehmend Kohlendioxid in die Atmosphäre pustet. Den Prognosen zufolge hätte es seit der Jahrtausendwende um rund 0,25 Grad wärmer werden müssen. Computermodelle konnten die Entwicklung bislang nicht*

erklären... Nun meinen Wissenschaftler, die Erklärung gefunden zu haben. Kühles Pazifikwasser sei verantwortlich für den Stillstand der Erwärmung der Luft... Dumme Frage: gehört der Pazifik eigentlich nicht zum globalen Klima? Falls nicht, messen wir doch einfach nur noch im Tal des Todes oder anderen solchen Hotspots, dann stimmt der Klimaschwindel wieder.